

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

67 (11.6.1923)

Er scheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Aussträger
ohne Bestellgeld
monatlich 2700.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit: 7-5 Uhr, Sonntag
geschlossen.

Verantwortlicher: Dr. 11.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 10.— Mk.

Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 7.— Mk.

Anzeigen mit Bekanntschafts-
Ankunft, u. Mark-Sonderbe-
gehung. Alle Preise freibleibend.

Grundbesitz im Anzeigen- und
Textteil 1/2 Preis.

Bei Wiederholungen tariflicher
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
urteilung und bei Konkurs eilt.

Wagvorstellungen werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
phonische Aufträge keine Gemüts-
übernommen.

Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 67.

Montag, den 11. Juni 1923.

84. Jahrgang

Der Reichskanzler in Westfalen.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse.
Erläuterungen zum deutschen Memorandum.

Münster, 10. Juni. Gestern fand zu Ehren des Reichs-
verbandes der deutschen Presse ein Empfangsabend statt, der
von der Stadt Münster im Saale des historischen alten Rat-
hauses veranstaltet war. An diesem Empfangsabend nahm auch
der Reichskanzler und der Reichsarbeitsminister Brauns teil.
Nach den Begrüßungsansprachen des Oberbürgermeisters von
Münster, Dr. Sperling, des Oberpräsidenten der Provinz West-
falen, Gronowski, und des Vorsitzenden des Reichsverbandes
der Deutschen Presse, Chefredakteur Becker, nahm

der Reichskanzler

das Wort zu folgender Ansprache: Sehr geehrte Damen und
Herren! Gerne benutze ich die Gelegenheit, mit Ihnen zu-
sammen zu kommen und Sie bei Ihrer Tagung zu begrüßen, die,
wie Ihr Herr Vorsitzender sagte, nicht die Zufälligkeit, sondern
eines Sinn hierher nach Münster legte, in die Hauptstadt,
des Westfalenlandes, dessen Stärke und Trug unser Trost und
Stolz ist, in die Stadt nächst dem Schauplatz stummen Ringens
zwischen Recht und Gewalt, in die Stadt, in der niederdeutsches
Volkstum und christliche Kultur sich zu einem unvergänglichen
Einklang vereint in die Stadt, deren Name mit dem west-
fälischen Frieden verknüpft ist und daran erinnert, wie schon
vor dem Verträge von Versailles Deutschland einmal auf die
tiefste gebeugt und zerrissen war, die zugleich aber uns zeigt,
durch welche Kräfte das deutsche Volk sich seinen neuen Aufstieg
bahnte.

Ihre Tagung beschäftigt sich vorab mit inneren Ange-
legenheiten Ihres Landes, mit Angelegenheiten, die für die
Nation wichtig sind nicht allein, weil das Gedeihen des Ganzen
in unlösbarer Zusammenhang steht mit dem Gedeihen der
Teile, sondern auch deshalb, weil die Sorgen und Anliegen
Ihres Landes ein besonders bedeutendes Abbild geben von
den moralischen und wirtschaftlichen Kräften und Schicksalen
unseres Volkes.

Eine schwere Wirtschaftssorge

liegt über unserem Volk und verhältnismäßig in besonderem
Ausmaß über der Mehrzahl derjenigen in ihm, die analogisierte
Arbeit, sei es körperliche, sei es geistige, verrichten. Das trifft
auf die große Mehrzahl Ihres Berufes zu mit Ausnahme
weniger, denen ein glückliches Geschick oder besondere Kraft
des Geistes und des Willens vielleicht ein günstigeres Los
bereitet hat.

Wir müssen als Volk bereit sein, die wirtschaftliche Beengtheit
auf uns zu nehmen,

und das ist für ein sittlich reifes Volk nicht das Schlimmste.
In dem Punkt, aber wird deutscher Wirtschaft der Druck zum
Unheil, wo er die geistige Freiheit und Entfaltung beengt,
und da scheint es mir eine besonders wichtige Aufgabe und Sorge
zu sein, daß unsere Presse auch in Zukunft ein wahres Abbild
der Volksmeinung und der Volksstimmung sei und zugleich
der Ausdruck verschiedener Gestirnungen des wirtschaftlichen
politischen, kulturellen und religiösen Sinnes und daß sie bei
aller verständigen Beachtung des wirtschaftlich Notwendigen und
Zweckmäßigen letzten Endes in Ihrem Beruf und Dienst, im
geistigen Gehalt und in Geistigen und Sittlichen unserem Volk
ein Führer bleibe und immer mehr werde. Deshalb ist

die Unabhängigkeit der Presse ein so hohes Gut,

eine Unabhängigkeit, deren Wesen nicht in der Zügellosigkeit
liegt, sondern gerade in der sittlichen Gebundenheit und eigenen
Verantwortung, eine Unabhängigkeit, die abzugrenzen ist nicht
nur gegenüber dem Staat und seinem stärkeren Rechte und dem
Anspruch auf Beachtung staatlicher Notwendigkeiten, sondern
auch gegenüber den Kräften und Bestrebungen des Wirtschafts-
lebens. Darin handelt es sich, meine Damen und Herren,
um Angelegenheiten, die nicht Ihnen allein wichtig sind, sondern
auch uns um des Staates willen.

Sie aber sind gewohnt, täglich nicht von eigenen Sorgen
zu sprechen, sondern den Räten u. den Anliegen der Bevölkerung
Wort und Ausdruck zu verleihen und so wird es auch in Ihrem
Sinn sein, wenn ich heute in Ihrem Kreise von der gemeinsamen
Not des deutschen Volkes und insbesondere des besetzten Gebietes
spreche. Vorgestern haben wir den Mächten
unser Memorandum als Ergänzung zur Note vom 2. Mai
übergeben.

Ich begreife die Spannung und Ungeduld, mit der unser
Schritt erwartet worden ist. Er ist ein natürlicher Schritt auf dem
Wege, den die Regierung von Anfang an gegangen ist.

Die Lösung des Reparationsproblems um jeden mit der
deutschen Staatsfreiheit und der deutschen Wirtschaftskraft zu
vereinbarenden Preis ist das Ziel, und die Aussprache in offenen,
ehrlichen und gleichberechtigten Verhandlungen ist der Weg,
den die Regierung sich vorgezeichnet hat. Nichts ist unter-
lassen worden, was der Lösung dieser Aufgabe dienen könnte.
Es gilt, alles einzusetzen, um für Rhein und Ruhr die Wieder-
herstellung des Rechtszustandes zu erreichen; es gilt, alles zu tun,
um die furchtbaren Leiden zu lindern, die alle Schichten der
Bevölkerung im besetzten Gebiet tragen. Diese Aufgabe liegt
uns die Bemühungen um die Lösung der Reparationsfrage
verdoppeln. Lange ist die deutsche Regierung auf Ablehnung
gestoßen, bis Lord Curzons Ratschläge ihr, eine neue Mög-
lichkeit gaben, die Note vom 2. Mai absenden zu können.

Gegenüber den von Frankreich erhobenen Einwänden gegen
diesen Schritt führte der Reichskanzler besonders die Tatsache
an, daß der Vorschlag der Einsetzung einer
internationalen Kommission von der Reparationskommission
selbst seinerzeit ausgegangen

sei. Die englische und die italienische Antwort erörterten eine
Möglichkeit zur Fortsetzung des Meinungsaustausches. Seitdem
ist alles geschehen, um die politische Lage im Ausland zu
erforschen. Wer die Sprache der Ehrlichkeit und des real-
politischen Geschäftsinnes versteht, wird den jetzt erfolgten neuen
Schritt als den Beweis des ernstlichen Willens Deutschlands be-
werten, seine Verpflichtungen zu erfüllen und man kann in-
folge der durch den Ruhrstreik hervorgerufenen fortschrei-
tenden Schwächung der deutschen Finanz- und Wirtschaftskraft
zu keiner anderen zahlenmäßigen Selbsteinschätzung der
deutschen Leistungsfähigkeit gelangen.

Sur Frage der

tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands

übergehend, erklärte der Kanzler, diese werde im Auslande weit
überschätzt, was die Gegner selbst dadurch anerkannten, daß
sie den Gedanken einer größeren Anleihe für Deutschland auf-
gegeben hätten. Nun soll eine internationale unparteiische In-
sicht über die wahre Leistungsfähigkeit Deutschlands entscheiden.
Deutschland will sodann seine Reparationsverpflichtungen bis zur
Grenze der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeit erfüllen
und es wird

seine volle Tatkraft dieser Aufgabe zuwenden.

In den neuen Garantien ist an die Grenze des Möglichen ge-
gangen worden in der Zuversicht, daß wenn ein Plan über
die Reparationsschuld Deutschlands vorliegt das deutsche Volk
bereit sein wird, aus Beß, Arbeit und Einkommen die größten
Opfer zu bringen für die Freiheit und Wohlfahrt der künftigen
Generation. Der Staat wird die ganze Kraft der Staatsgewalt
geltend machen, daß die Wirtschaftskreise diese Garantien geben
müssen. Dieser Gedanke der Garantien ist vom Staat in die
Wirtschaft getragen worden. Wie diese Garantien aufzubringen
und wie weit sie auszudehnen sind und wie die Lasten verteilt
werden

wird der Staat zu bestimmen haben.

Aber es ist wertvoll, daß bei dem deutschen Angebot auch das
freiwillige Anerkennen deutscher Wirtschaftskreise Erwähnung
finden kann, weil das Ausland vielfach der deutschen Regierung
einen Einfluß auf die Wirtschaft abgesprochen hat. Wie ver-
kann unsere Reparationsleistung bis jetzt wurden, bemerkt
die Tatsache, daß wir bis Ende 1922 für rund 42 1/2 Mil-
liarden Goldmark Barzahlungen geleistet haben. Unter Hinzu-
rechnung weiterer Leistungen aus dem Ausgleichsverfahren be-
laufen sich die Bezahlungen auf 54 Milliarden.

Auf die angebliche Lage im Ruhrgebiet übergehend, erin-
nerte der Kanzler zunächst an die Tatsache, daß, abgesehen von
den zahllosen Opfern richterlicher Willkür, mehr als 50 Deut-
sche unmittelbar durch die Hände der Besatzungsmächte das
Leben verloren haben und 50 000 deutsche Beamte, Angestellte,
Arbeitgeber, Arbeitnehmer und private aller Berufe, Männer,
Frauen und Kinder seit dem 11. Januar Haus und Heimat
verlassen mußten. Volk und Regierung fühlen sich ihnen allen
von ganzer Seele zu Dank schuldig und werden alles tun, um
ihre Los zu lindern.

Wir wollen, so fuhr der Kanzler fort, den Frieden und
sind unseren westlichen Nachbarn gegenüber zu jeder wie immer
gearteten Friedenssicherung auf dem Boden der Gegenseitig-
keit bereit; aber, des

erkläre ich öffentlich und feierlich, es gibt keinen Preis
für den uns die deutschen Lande an Rhein und Ruhr, an Saar
und Mosel feil wären. keinen Preis, um den wir das Recht
des Reiches und der anderen Staaten in diesen deutschen Lan-
den mindern lassen. In dieser Erklärung weiß ich mich eins mit
allen politischen Parteien und Schichten des deutschen Volkes,
eins mit der preussischen Regierung und mit der Volksvertretung
eins mit allen anderen Ländern des Reiches, und aus dieser
großen, tiefen Einigkeit schöpfe ich das Recht zu der Mahnung,
wachsam und besonnen zu bleiben, besonders hinsichtlich der ver-
worrenen wirtschaftlichen Lage und der schweren Not.

Nachdem der Kanzler noch auf die Gefahr des Nicht-
verstehens großer Schichten des deutschen Volkes untereinander
hingewiesen und an das

soziale Verständnis der Unternehmerschaft

appelliert hatte, schloß er mit den Worten: Heute ist es
aller Deutschen Pflicht für Rhein und Ruhr, für Saar und Mosel
festzubleiben und die Treue zu bewahren und allererste Pflicht
gute Deutsche zu sein. (Lebhafte Beifall.)

Das Echo.

Nach den ersten aus dem Auslande vorliegenden Nach-
richten über die Aufnahme, die das deutsche Memorandum in den
alliierten Hauptstädten gefunden hat, läßt sich zusammenfassend
sagen: Die Aufnahme in England ist durchweg günstig, in Frank-
reich ungünstig. Belgien richtet sich vorwiegend nach dem fran-
zösischen Vorbild, blickt aber auch auf England. In Frank-
reich rechnet man jetzt in gewissen Kreisen offenbar darauf,
daß England als „ehrlischer Makler“ Deutschland dazu bringen
werde, zur Frage des passiven Widerstandes eine Erklärung
abzugeben, die geeignet ist, Frankreich Genüge zu leisten, und
andererseits Frankreich davon überzeugen werde, daß nach Meinung

der englischen Staatsmänner einige Punkte in dem deutschen
Memorandum einen Fortschritt gegenüber den bisherigen deut-
schen Vorschlägen darstellen. Es ist der französischen Presse
bereits jetzt klar, daß das deutsche Memorandum auf die Lon-
doner politischen Krise einen verhältnismäßig günstigen Ein-
druck gemacht hat, und daß man in London der Ansicht ist,
das neue deutsche Memorandum könne nicht nur die Grundlage
für eine gemeinsame Antwort der Alliierten sondern auch den
Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen mit Deutschland bil-
den. Es wäre aber vollkommen verfehlt, sich heute einem
roten Optimismus hinzugeben. Denn es braucht kaum
darauf verwiesen zu werden, welche Gefahren daraus erwachsen
können, daß Frankreich offenbar bemüht ist, die Frage des
passiven Widerstandes nunmehr in den Vordergrund zu schieben.
Trotzdem scheint aber festzustehen, daß Paris keine isolierte
Antwort geben wird. Offenbar hat sich die englische Regierung
in dieser Beziehung die Sicherheit verschafft, daß nicht, wie nach
der ersten deutschen Note, eine Festlegung Frankreichs erfolgt,
bevor der Versuch einer internationalen Aussprache gemacht ist.
Die entscheidende Frage ist nun, ob die Verhandlungen zwi-
schen London, Paris Rom und Brüssel ein Ergebnis erzielen
werden. Die deutsche Note hat anscheinend insofern sehr günstig
gewirkt, als sie keinen direkten Vorwand bietet, diesen Ver-
handlungen Hindernisse zu bereiten. Eine andere Frage ist frei-
lich, ob das Ergebnis dieser Verhandlungen eine wirkliche
Entscheidung herbeiführen wird. Man wird auch mit einer
längeren Dauer solcher Verhandlungen rechnen müssen, denn
auch Reuter betont, daß eine eilige Entscheidung nicht möglich
sei, sondern daß ein erschöpfender Gedankenaustausch zwischen
den Alliierten erfolgen werde. Es heißt vorläufig also sich
gedulden; erst die nächsten Tage werden weitere Klarheit schaffen.

Amerikanische Urteile.

New York, 8. Juni. Wie das „Journal of Commercial“ aus
Washington erfährt, wird die neue deutsche Note in amtlichen
Kreisen als deutscher Fortschritt gegenüber allem angesehen,
was Deutschland bisher angeboten hat. Man sei der Meinung,
daß der Vorschlag einer Konferenz geeignet sei, eine Grundlage
für Verhandlungen zu bilden, die letzten Endes in eine Ver-
ständigung ausmünden werden. Obwohl berichtet werden könne,
daß hohe Kreise der Ansicht seien, daß die Note einen Hoff-
nungsstrahl darstelle, bestehe doch kein Anzeichen dafür, daß
die Vereinigten Staaten auf der vorgeschlagenen Konferenz
vertreten zu sein wünschen, es sei denn, daß sie von den All-
iierten ausdrücklich zur Teilnahme eingeladen werden. Auch
die anderen Blätter bringen ähnliche Nachrichten.

New York 8. Juni. Die Morgenblätter erklären, das deut-
sche Memorandum stelle hinsichtlich des Tones und des In-
haltes einen großen Fortschritt gegenüber den früheren Ange-
boten dar. Die New York Times hält für das Haupthindernis
nur den passiven Widerstand und drückt die Auffassung aus,
daß, wenn die Forderung auf seine Einstellung erfüllt wäre,
Grund zu der Annahme bestehe, daß Frankreich und Belgien
bereit sein würden, sich mit England und Italien auf die
Einberufung einer Konferenz zu einigen. Nur die „New York
Tribune“ vertritt einen entgegengesetzten Standpunkt und be-
trachtet das Memorandum als ein neues Beispiel dafür, daß
Deutschland seinen Verpflichtungen ausweichen wolle.

Mussolinis Hoffnung.

Rom, 8. Juni. Zwecks Uebergabe der deutschen Note begab
sich der deutsche Botschafter, Freiherr von Neurath, gestern
nachmittags bald nach 4 Uhr ins Palazzo Chigi und wurde
zunächst vom Generalsekretär Contarini, alsdann vom Minister-
präsidenten Mussolini empfangen und überreichte ihm die Note
mit der italienischen Uebersetzung. Daran knüpfte sich eine
kurze Unterhaltung, über deren Inhalt verlautet, daß Mussoli-
ni die Hoffnung ausdrückte, die Note werde den Grund zu
einer herzlichen Verständigung legen. In italienischen amtlichen
Kreisen ist man in bezug auf die Ruhr- und Reparationsfrage
jedoch auch weiterhin zurückhaltend, da man versuchen will,
das Problem gemeinsam mit den Verbündeten zu lösen, und nicht
durch eine vorzeitige Rundgebung einen solchen Versuch ver-
eiteln oder erschweren möchte.

Die moralische Belastungsprobe.

Berlin, 8. Juni. Die Botschafter Zeitung warnt davor, den
Lärm, den die Pariser Presse über das deutsche Memorandum
schlägt, zu überschätzen. Die entscheidende Frage sei, ob die
Verhandlungen zwischen London, Paris, Rom und Brüssel
ein Ergebnis erzielen werden. Die deutsche Note habe an-
scheinend insofern günstig gewirkt, als sie keinen direkten Vor-
wand bietet, diesen Verhandlungen Hindernisse zu bereiten. Das
Blatt bezeichnet es weiter als überaus bedauerlich, wenn, wie
Pariser Blätter andeuten, der Versuch gemacht würde, die
sachliche Aussprache dadurch zu präjudizieren, daß man die
Frage des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet in den Vor-
dergrund schiebt und schreibt: Es versteht sich ganz von selbst,
daß aussichtsreiche Verhandlungen nicht ohne Rücksicht auf die
Gesamtlage bleiben würden, und es ließe sich in deren Verlauf
auch sehr wohl ein modus vivendi finden, der zunächst eine
weitere lokale Zuspitzung verhindert. Bei allen Zumutungen,
die der Gegner an Deutschland richtet, muß er sich darüber
klar sein, daß die moralische Belastungsmöglichkeit ebenso eine
Grenze hat wie die physische. Wer sichere Verträge und dau-
ernden Frieden haben will, muß der Gegenseite die Möglich-
keit lassen, die staatliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Die
Anarchisierung nach den Rezepten des französischen General-
stäblers Richter bedeutet die Veremigung der Ururthe. Mit dieser
Methode muß Schluss gemacht werden. Die französische Re-
gierung hat jetzt eine Gelegenheit, durch die Tat zu beweisen,
daß sie dazu bereit ist.

„Hände weg vom Rheinland“.

Berlin, 8. Juni In der heutigen Sitzung des preußischen Landtags, in der der Haushalt des Ministerpräsidenten zur Beratung stand, nahm Ministerpräsident Braun das Wort, um auf die schweren Niederlagen und Lasten des Verfallenen Vertrages und auf die Brutalitäten der Franzosen im Rheinland hinzuweisen. Der rheinischen Bevölkerung, so fuhr der Ministerpräsident fort, gebühre der unauslöschliche Dank aller Volksgenossen; für sie einzutreten und Opfer zu bringen müsse eine Ehrenpflicht des ganzen Volkes sein. Die brutale Kolonialmethode der französischen Gewalttäter werden die Rheinländer in ihrem Widerstand gegen französische Eroberungspläne nicht erschüttern. Alle jene Pläne, das Rheinland zu neutralisieren, sind Rechnungen, die ohne Wirt, d. h. ohne die rheinische Bevölkerung gemacht werden. Man spricht von einem selbständigen Rheinfrank. Dieser soll aber eine internationalisierte Kontrollkommission als Obervoormund und eine internationale Gendarmerie erhalten. Die Rheinländer sollen dauernd unter die polizeiliche militärische Diktatur Frankreichs und seiner Verbündeten gestellt werden. Eine blutige Verhöhnung des Grundgesetzes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist kaum denkbar. Wie der Reichsaussenminister am 16. April im Reichstag treffend ausgeführt hat, so erkläre auch ich heute für die preußische Regierung, daß ihre Aufgabe der Rheinlande nie und nimmer in Frage kommt. Auch der Gedanke, daß zur Erleichterung der Lösung des Reparationsproblems das Rheinland und seine Bewohner ein Handelsobjekt werden können, kann für die preußische wie für die Reichsregierung nie Gegenstand der Erwägung sein. „Hände weg vom Rheinland.“ Der Rhein und die Rheinlande waren deutsch und werden deutsch bleiben! Die Vertreter sämtlicher Fraktionen des Landtags mit Ausnahme der Kommunisten stimmten der Erklärung des Ministerpräsidenten, die von den Sozialdemokraten an bis zu den Deutschnationalen begünstigt wurde, zu. Der Redner der Sozialdemokraten, Abg. Haas, erklärte namens seiner Partei: Die Bevölkerung vom Rhein und Ruhr wird bis zum letzten gegen jeden Versuch einer Loslösung der Rheinlande vom Reich und von Preußen kämpfen. Sie wird sich entschieden wehren gegen jeden Versuch einer Neutralisierung oder einer Unterstellung unter den Völkerbund. Der Landtag beschloß, das Staatsministerium zu ersuchen, daß die Rede des Ministerpräsidenten im Lande, besonders auch im besetzten Gebiet möglichst weit verbreitet wird.

Fortsetzung des passiven Widerstandes.

Berlin, 8. Juni. In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Berliner Tageblatt“ in Barmen erklärte der dort amtierende Düsseldorf Regierungspräsident Grünner über die Lage im Ruhrgebiet, daß der Pessimismus, den der Sturz der Mark in gewissen Kreisen außerhalb des Ruhrgebiets ausgelöst habe, unbegründet sei. Die Arbeiterschaft sei nach wie vor fest entschlossen, den passiven Widerstand trotz aller Drangsalierungen fortzusetzen. Was die kommunistisch-revolutionäre Gefahr betreffe, so sei sie nach der Auffassung Grünners zwar im Abflauen begriffen, jedoch sei die Beruhigung noch nicht endgültig. Die Franzosen, die eingesehen hätten, daß eine Entblösung des Ruhrgebiets von jeder Schutzpolizei eine Voreiligkeit war, hätten sich jetzt mit dem Aufbau einer neuen Schutzpolizei einverstanden erklärt, für die aber die ausgewiesenen Schupoleute nicht verwendet werden dürften. Zur Ernährungslage bemerkte Grünner, daß die weitere Abschnürung der Bahnlinien die Zufuhr von Lebensmitteln stark beeinträchtigt. Besonders Beforgnis äußerte der Präsident über die Ausichten der Kartoffelversorgung. Hinsichtlich der Neutralisierungspläne englischer Kreise erklärte Grünner, daß derartige Pläne überhaupt nicht diskutabel seien.

Frankreich will den Rhein.

Aus allem Gefasel Poincares und seiner Helfershelfer über Reparationen, Sanktionen, Sicherheiten, Pfänder usw. müssen wir Deutsche immer und immer wieder den Schlachtruf heraushehren: „An den Rhein!“ Frankreich will den Rhein: Das ist die Tatsache, über die wir uns durch alle abgefeimten Ueberleistungskünste der französischen Staatsmänner nicht hinwegtäuschen

lassen dürfen. Bezeichnend ist in dieser Beziehung, was das „Echo Francais de Mexico“ vom 28. April der amerikanischen Agentur „Associated Press“ antwortet. Eine Rotterdamer Depesche dieser Agentur hatte dem Sinne nach gesagt: „Frankreich hat jetzt das Rheinland annektiert.“ „Und wenn dem so wäre?“ erwiderte das „Echo Francais“, und fährt fort: „Unbestreitbar gibt es in Frankreich viele vernünftige Leute und viele kluge Journalisten, die den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland erst dann für garantiert halten, wenn Frankreich seine natürliche Grenze, die Grenze Galliens erreicht hat: den Rhein. Sagt doch auch der französische Geschichtsschreiber Durug in seiner französischen Geschichte: „Der Vertrag von Verdun (Verdun) 843 verkleinerte Gallien um ein Drittel und raubte ihm zum ersten male seine Rheingrenze. Er lastet noch heute seit 100 Jahren auf uns. Alle Anstrengungen von Franz I., Heinrich II. und Napoleon haben ihn nicht vollständig zerreißen können.“ Hier also ist von einem französischen Historiker festgestellt, daß seit Jahrhunderten Frankreich bis an den Rhein vordringen und ihn zur Grenze machen will. Durch die Geschichte sind wir gewarnt. Nur entschlossener, opferwilliger Abwehrkampf vermag den deutschen Rhein vor der überliefernten Raubgier der Franzosen zu retten. Alle Mann drum auf die Schanzen.

Poincare und die deutschen Vorschläge.

Wenn es auch mehr als zweifelhaft ist, ob die Geschichte Herrn Poincare einmal das Zeugnis eines großen Staatsmannes ausstellen wird, so wird sie ihm doch attestieren müssen, daß er im Reden und Handeln äußerst geschickt, aber auch ebenso skrupellos gewesen ist. Für Ueberreichung der deutschen Note vom 2. Mai hatte Poincare durch die ihm nahestehende Presse phantastische Zahlen darüber in Umlauf bringen lassen, was Frankreich und seine Verbündeten äußerstenfalls von ihrem

Wehrlose sind in der Gewalt französischer Mörder!

Deutsche, helft den bedrängten Brüdern!

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt **3 853 268 Mark.**

Für das Ruhrgebiet sind weiter eingegangen von: Durch Bezirksamt, Kasse Nr. 100 000, Notar Wähler 10 000.

Reparationsschuldner fordern müßten. Damit hat Poincare eine strikte ablehnende Antwort vorbereitet. Auch diesmal — Anfang Juni — hat Poincare Vorforsorge getroffen, um jede „Gefahr“ einer praktischen oder psychologischen Wirkung der deutschen Ergänzungsvorschläge anzuschließen. Er hat durch die „Temps“ 7 Punkte veröffentlicht, deren Beachtung durch Deutschland es Frankreich allenfalls ermöglichen könnte, sich mit den deutschen Anregungen auseinanderzusetzen. Der erste dieser 7 Punkte legt der Reichsregierung die Verpflichtung auf, das Notwendigste zu tun, um den passiven Widerstand zu beenden. Natürlich kennt Herr Poincare genau die Rundgebung der gesamten deutschen Demoskraphen des Ruhrgebietes vom 9. Mai, in der folgender Satz steht: „Keine Regierung hat diesen Widerstand befohlen und keine wird ihn — selbst mit den grausamsten Mitteln der Gewalt — zu unterdrücken vermögen.“ Darum weiß Poincare, daß der Reichsregierung zugemutete Widerruf des passiven Widerstandes nur den praktischen Erfolg haben kann, daß sich zwischen der Berliner Regierung und die Gesamtheit des Volkes im besetzten Westen

ein gähnender Spalt öffnet. Unter Punkt 3 der im „Temps“ veröffentlichten französischen Bedingungen wird der Gegenwert der von Frankreich erhobenen Reparationsansprüche auf 26 Millionen Goldmark festgesetzt aber auch nur unter der Bedingung, daß Frankreichs Gläubiger auf die Eintreibung ihrer Forderungen verzichten. Das ist genau der Bonar Law'sche Vorschlag vom Dezember 1922, der eine Gesamtzahlung Deutschlands in Höhe von 50 Milliarden Goldmark vorsah. Da Frankreich bekanntlich nach der feinerzeit in St. Remo (Frühling 1920) festgesetzten Verteilungsschlüssel 52 Prozent der deutschen Zahlungen zu erhalten hat, so bedeuten 26 Milliarden Goldmark französischer Anteil eine Gesamtforderung an Deutschland in Höhe von 50 Milliarden Goldmark. Wenn nun — was wahrscheinlich ist — England und Amerika sich weigern, ihre Geldansprüche an Frankreich und andere Verbandsstaaten des europäischen Festlandes aufzugeben, so würden Deutschland letzten Endes 60 oder gar 70 Milliarden Goldmark zur Zahlung auferlegt werden. Daß solche Ziffern vom leitenden Staatsmann der wichtigsten Reparationsmacht überhaupt noch ernstlich erörtert werden können, ist ein Beweis dafür, daß es diesem Staatsmann eben um eine sachliche Lösung des Problems nicht zu tun ist. — Nachdem sich Poincare und mit ihm gewiß auch sein belgischer Kollege Thunis von vornherein dagegen gewappnet haben, die deutschen Anregungen auch nur einer sachlichen Unterfuchung zu unterziehen, wird man die unmittelbare Wirkung der deutschen Note vom 7. Juni nur sehr niedrig veranschlagen dürfen. Es scheint, als ob Poincare auf der Konferenz mit den belgischen Staatsmännern am 6. Juni in Brüssel das bisher schon bestehende französisch-belgische Einvernehmen dahingehend weiter gestärkt hat, daß jeder deutsche Versuch zur geschäftlichen Lösung des Reparationsproblems rücksichtslos sabotiert werden soll.

Eine Mahnung Mussolinis an Frankreich.

Rom, 7. Juni. In der heutigen Sitzung des Senats ergriff Mussolini das Wort zu einer Erklärung, in der er die allgemeinen Linien der italienischen Politik darlegte. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß Italien, abgesehen davon, daß es sich bessere Grenzen erobert habe, bei den Friedensverträgen von den durch sie gewährten wirtschaftlichen und kolonialen Vergünstigungen tatsächlich ausgeschlossen worden sei. Die während des Krieges unterschriebenen feierlichen Abmachungen seien außer Kraft getreten und nicht durch andere ersetzt worden. Die Zurücksetzung, die Italien erfahren habe, laste noch schwer auf der italienischen Wirtschaft. Nunmehr gelte es, das verlorene Terrain wiederzugewinnen und die verlorene Zeit einzuholen. Der Ministerpräsident betonte, daß sich die Lage seit dem Oktober in bemerkenswerter Weise gebessert habe. Jedermann wisse, daß Italien eine Politik energischer Wahrung seiner nationalen Interessen zu verfolgen beabsichtige und überall zugegen sein wolle, wo seine Lebensinteressen im Spiele seien. Der Zeitpunkt für eine politische Aktion allgemeiner Natur sei günstig, die darauf abziele, so rasch wie möglich die politische Lage des Kontinents normal zu gestalten. Es ist ein italienisches Interesse ersten Ranges, fuhr der Ministerpräsident fort, eine friedliche Lösung der europäischen Krise zu beschleunigen. Diese Krise wird von der Reparationsfrage beherrscht. Gegenüber dieser Frage ist die Stellung Italiens in ihren Grundzügen folgende: 1. Deutschland kann und muß die Summe bezahlen, die bereits jetzt aufgestellt zu sein scheint, und die von den mehreren hundert Millionen, von denen nach Abschluß des Waffenstillstandes die Rede war, weit entfernt ist. 2. Italien kann keine Abänderungen oder Umwälzungen territorialer Art dulden, die eine Hegemonie politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art herbeiführen könnten. 3. Italien will seinen Anteil am Opfer tragen, falls das für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft notwendig sein sollte. 4. Die italienische Regierung beharrt heute mehr als je angeichts der letzten deutschen Note auf dem Standpunkt, daß die Reparationsfrage und die Frage der interalliierten Schulden mit einander in engem Zusammen-

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

32) Nachdruck verboten.
„Meinem Mann habe ich ganz gehörig heimgeleuchtet,“ sagte Frau Olga, „neuerdings hat er die Gepflogenheit, mit kurz vor Tisch Gäste mitzubringen. Ich ließ mir das ein paar mal gefallen, aber nun ist Schluss. Ich rühre nicht mehr die Hand für diese Zugereisten.“
„Sa, was ist denn aber aus Herberts Gästen geworden?“ fragte Doktor Mertens.
„Sie mußten mit hungrigem Magen wieder abziehen; ich freue mich königlich daß ich das durchgesetzt habe. Herbert wird sich die Lehre merken und mich in Zukunft mit derartigen Anliegen verschonen.“
„Das ist klassisch,“ sagte Doktor Mertens.
„Ach, bleiben Sie mir mit Ihrem „klassisch“ vom Leibe, was soll ich damit anfangen, bin mein Leben lang ohne das Klassische fertig geworden, was soll ich auf mein altes Tage damit!... Herbert wird immer schrulliger; ohne mein Wissen, ohne mich zu fragen, bringt er ein junges Mädchen als meine Gesellschaftlerin ins Haus. Das Fräulein soll mir vorlesen, Goethe, Schiller und Genossen. Was soll mir das? Ich habe kein Interesse an überspannten Dichtungen, und ich weiß nicht, was ich mit dem jungen Mädchen beginnen soll.“
Almida hatte inzwischen das für sie begonnene Strickzeug still an sich genommen und war damit in den Garten gegangen. Mertens sagte: „Das Fräulein macht einen vorzüglichen Eindruck und ich meine, Sie dürfen sich glücklich schätzen, liebe Freundin, im täglichen Verkehr mit einem so entzückenden Geschöpf. Entschieden fehlt diesem Hause die Tochter.“
„Nun, die kann mir durch eine bezahlte Person nicht ersetzt werden!“
„Im allgemeinen wohl nicht. Dieses herzige Geschöpf aber müssen Sie lieb gewinnen, Frau Olga, und daß sie eine solche Zuneigung aufs herzlichste erwidern würde, sieht man dem herzigen Kinde an. Herbert hat es sicher sehr gut gemeint

mit diesem Arrangement. Sie sind zu viel allein, das taugt nicht für eine Frau in Ihren Jahren.“
„Aber was soll ich mit dem Mädel anfangen? Sie kann doch nicht den ganzen Tag Wickelbänder stricken? Die Besessene ist mir lästig, und außerdem ist nicht die kleinste Beschäftigung für sie im Hause.“
„Die Musik lieben Sie ebensowenig wie die Klassiker?“
„O, ich höre Klavierpiel ganz gern, wenn es sich um die neuesten Schlager und flotte Tänze handelt. Aber davon wage ich erst gar nicht anzufangen; sie würde mich für einen musikalischen Idioten halten, der ich ja auch eigentlich bin, sicher kommt sie mir auch mit klassischer Musik, die für mich ein Buch mit sieben Siegeln ist. Lieber fordere ich sie erst gar nicht auf, Klavier zu spielen.“
„Wenn ich nicht sehr genau wüßte, liebe Freundin, daß Sie bei aller Oberflächlichkeit nicht halb so engherzig sind, wie es den Anschein hat, würde ich sagen: die Sache hier ist ja einfach hanebüchchen und würde mich nicht wundern, wenn die junge Dame es keine Woche lang hier aushiele.“
„Das schadet ja nichts, ihre Anwesenheit ist eine Pein, für mich sowohl, wie für sie selbst. Mag sie wieder gehen, ich halte sie nicht.“
„Nein, nein, so sollten Sie nicht sprechen, Frau Olga! Wenn man einen guten Menschen gefunden hat, darf man ihn nicht von sich weisen! Eine solche Unklugheit rächt sich immer. Daß dieses Mädchen aber ein wahrhaft guter Mensch ist, dafür verbürge ich mich.“
Frau Olga sah amüsiert von ihrer Arbeit auf. „Na, na, Sie eingeschlehter alter Junggeselle scheinen mir Feuer gefangen zu haben?“
„Und wenn es so wäre? Dann ist es doch eigentlich die natürlichste Sache von der Welt! Jedenfalls interessiere ich mich lebhaft für das schöne, anmutige Mädchen, ich bin unabhängig und reich, und ich sehne mich nach einer Lebenskameradin. Ich weiß ja nichts von diesem jungen Geschöpf, ich fühle mich machtvoll zu ihr hingezogen. Wäre es so unmöglich, liebe Freundin, daß das Schicksal mir diejenige in den Weg führt, auf die ich seit Jahren warte, wie das Kind auf den heiligen Christ!“

„Nein, ihr Männer!“ kopfschüttelte Frau Olga, „immer dieselben, und wenn ihr hundert Jahre alt werdet! Auf den ersten Blick vergafft ihr euch in ein hübsches Lärchen, und wenn ihr vorher ein dutzendmal reingefallen seid, so plumpst ihr auch das dreizehnte mal!“
„Die Anspielung war nicht gerade notwendig!“
„Sie ist durchaus am Platz! Ich gebe Ihnen den Rat, sparen Sie Ihre Gefühle! Sie haben kein Glück bei Frauen, mein Freund! Aber desungeachtet lade ich Sie zum Mittagessen ein. Ich bin froh, daß Sie gekommen sind, nun brauche ich mich doch nicht mit dem Fräulein anzubinden!“
Die Einladung wird dankend angenommen, Frau Olga. Und nun bitte, widersprechen Sie nicht immer! Ich habe da eine famose Idee. Sie brauchen keine Gesellschafterin, gut, das soll gelten. Aber das Fräulein könnte bei Ihnen von Grund aus alles lernen, was sie als junge Frau wissen muß. Schicken Sie sie doch ein paar Monate in die Küche zur Köchin in die Lehre, danach zum Hausmädchen! Sie haben so vorzüglich geschulte Kräfte und einen so musterhaften Haushalt, daß jedes weibliche Wesen, welches Sie in die Lehre nehmen, bei einigem Talent sich zur tüchtigen Hausfrau heranzubilden kann.“
„Das ist wenigstens eine Idee, die sich hören läßt, Paul! Da kann ich mir die Klassiker auf die bequemste Weise abwimmeln, vorausgesetzt, daß das Fräulein einverstanden ist.“
„Ich werde ein wenig fondieren, was wir zu erhoffen haben.“
Der Rechtsanwalt lief in den Garten hinaus. Die Dame sah ihm spöttisch nach. „Du langes Aff kriegst keine ab, wie Du's auch anfängst!“
Paul Mertens brauchte nicht weit zu gehen. Almida sah in der Nähe des Hauses auf einer Bank und bemühte sich, Masche um Masche zu stricken. Es dauerte sehr lange, ehe sie eine Nadel fertig bekam, und sie fand diese Art Beschäftigung entzücklich, es war ihrer Ansicht nach eine unerhörte Zeitvergeudung; was sie bei ihrer Ungelübtheit in langen Tagen nicht schaffte, dazu brauchte die Strickmaschine kaum eine Stunde.

hang stehen und in gewissem Sinn von einander abhängig sind. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Befehung des Ruhrgebiets die Reparationskrise außerordentlich verschärft hat.

Derartige Gedanken hatte man wohl schon häufig in italienischen Blättern gelesen oder auch von weniger verantwortlichen Politikern gehört, aber es war das erste mal, daß eine so deutliche Mahnung, deren Adresse gar nicht zweifelhaft sein kann, aus dem Munde des italienischen Ministerpräsidenten und Ministers des Äußern ertönte. Was Mussolini dann über die wirtschaftliche Seite der Reparationsfrage mitteilte, war im wesentlichen eine bekräftigende Wiederholung der Grundsätze, die die italienische Regierung seit ihrem Regierungsantritt konsequent verfolgt hat. Deutschland müsse nach Kräften zahlen, wobei aber von den Phantaziffern der Waffenstillstandsperiode nicht mehr die Rede sein könne. Italien sei bereit, Opfer zu bringen, müsse aber darauf bestehen, daß die Reparationszahlungen und die interalliierten Schulden eng zusammenhängen. Es bleibt nun abzuwarten, ob Italien mit seiner Stellungnahme durchdringt.

Die Brüsseler Verhandlungen ergebnislos.

Wie Frankreich die Aufgabe des passiven Widerstandes aufstellt. Frankreich bleibt bei seiner Räumungsbedingung: Nach Maßgabe der Zahlungen.

Paris, 8. Juni. Von unterrichteter nichtfranzösischer Seite wird mir bestätigt, daß die Brüsseler Besprechungen ergebnislos geblieben sind. Von einer Einigung zwischen Frankreich und Belgien sei keine Rede. Die beiden Mächte seien nach einem stellenweise lebhaften Meinungsaustausch bei ihren stark abweichenden Auffassungen geblieben, die sie vor der Brüsseler Zusammenkunft vertreten haben. Im Quai d'Orsay äußert man sich über den Verlauf und das Resultat der Brüsseler Konferenz sehr zurückhaltend. Man warnt ausdrücklich vor den Presse-meldungen darüber und bezeichnet als einzige mit Sicherheit festzustellende Tatsache, daß in Paris, Brüssel und London ein entschiedener Wille zur Wiedervermittlung konstatiert werden könne. Die Tatsache, daß in nächster Zeit eine internationale Konferenz stattfinden sollte, wird am Quai d'Orsay nicht bestätigt. Man bemerkt dazu wörtlich: „Die Zeitungen die eine solche Konferenz andeuten, hätten es etwas sehr eilig.“ Zu der Frage was Frankreich und Belgien unter Einwirkung des passiven Widerstandes verstehen, wurde am Quai d'Orsay gestern abend erklärt, man werde dabei an eine Zurückziehung der Regierungsverordnungen Belgiens und Frankreich verlangen nichts, was dem gesunden Menschenverstand widerspreche. Sie dächten dabei z. B. nicht daran zu fordern, daß die Reichsregierung es der Bevölkerung des Ruhrgebietes zur Pflicht mache, mit den Franzosen und Belgiern zusammen zu arbeiten. In der Räumungsfrage ist, wie am Quai d'Orsay betont wird, keinerlei Aenderung eingetreten, Frankreich und Belgien erklären sich bereit, das Ruhrgebiet stufenweise nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zu räumen und nur Essen bis zur völligen Bezahlung als Pfand in der Hand zu behalten.

Erneute Militärkontrolle Deutschlands.

Paris, 8. Juni. Havas teilt mit, daß die Völkervereinigung nach mehrfach vergesslich von ihr unternommenen Schritten gestern einmütig beschlossen habe, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland wieder aufgenommen werden müsse. Sie werde Deutschland auffordern, alle Maßnahmen zu treffen, um diese Tätigkeit zu erleichtern und zu verhindern, daß es durch das Verhalten der deutschen Beamten oder der deutschen Bevölkerung zu Zwischenfällen komme. Eine Note in diesem Sinne sei bereits heute nachmittag dem deutschen Geschäftsträger in Paris übergeben worden.

Hilfende Franzosen.

Düsseldorf, 7. Juni. Am 1. Juni wurden von den Franzosen aus der Reichsbanknebenstelle in Mettmann 77 200 000 Mark entwendet. Der Vorgang spielte sich in folgender Weise ab: Es erschienen französische Gendarmen mit einem Zivilisten, der gebrochen in deutscher Sprache erklärte, daß sie beauftragt seien, die der Stadt Mettmann auferlegte, aber bisher nicht bezahlte Geldbuße von 1475 Dollar einzuziehen. In der Tageskassette fanden sie nur wenige hundert Mark. Darauf forderten sie in der ausdrücklichen Form eines Befehls den Bankvorstand auf, die Tresors zu öffnen. Der Bankvorstand weigerte sich und erklärte, daß es ihm unmöglich sei, den Befehl auszuführen. Hierauf wurde ihm von den Franzosen mit der Bemerkung, daß sie auch die Gewalt nicht scheuten, der Kasse aufgefressen und die Taschen, in denen sich Schlüssel befanden, wurden untersucht. Die Tresors wurden sodann mit Hilfe der Schlüssel von den Franzosen selbst geöffnet, jedoch befanden sich darin keine großen Scheine mehr, sodaß in großen Säcken Scheine von 1000 Mark, 500 Mark und 100 Mark weggeschleppt wurden, die infolge der Post- und Eisenbahnsperre nicht hatten abgeführt werden können. Inzwischen waren etwa noch zehn Offiziere hinzugekommen. Das Haus war während der Plünderung von den Franzosen umzingelt.

Wie gemeine Verbrecher.

Berlin, 8. Juni. Aus dem Rheinland wird uns berichtet: Nach zuverlässiger Information entschied das Justizministerium in Brüssel dahin, daß die deutschen Herren, die wegen politischer Vorkommnisse ihre Strafe im Gefängnis zu Verdiers abbüßen, Sträflingskleidung anlegen müssen. Von Brüssel aus wurde sogar die Gefängnisverwaltung in Verdiers angewiesen, daß die Deutschen als gemeine Verbrecher zu behandeln seien. Die deutschen Herren werden mit Etikettkleben beschäftigt und dürfen nicht einmal während des täglichen Spazierganges auf dem Gefängnishof miteinander sprechen.

Französische Schandjustiz.

Mainz, 8. Juni. Der Postmeister Th. Schiermann und der Postkassierer Chr. Tengel, beide aus Weixenau, standen vor dem französischen Kriegsgericht unter der Anklage, 1. am 27. Februar wissentlich und vorfälschlich sowie ohne Erlaubnis der zuständigen französischen Besatzungsbehörde eine durch den Poststreik stillgelegte und direkte Telegraphenleitung Mainz-Worms durch eine Geheimleitung an das Postamt Weixenau angeschlossen zu haben, und 2. durch diesen Anschluß die genannte

Telegraphenleitung vom 27. Februar bis 21. März benutzt zu haben, ohne daß die französische Besatzungsbehörde davon Kenntnis gehabt habe. Die Angeklagten erklärten, auf Befehl ihrer vorgelegten deutschen Behörde gehandelt zu haben. Schiermann wurde zu zweieinhalb Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, Tengel zu 45 Tagen Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Widerstände gegen den Faschismus.

Seit einiger Zeit scheint sich in Italien erheblicher Widerstand gegen den Faschismus bemerkbar zu machen. Während der Besprechungen des Budgets traten die Sozialisten in die Opposition und griffen in scharfer Weise die Regierung Mussolini an. Mussolini hörte wortlos zu, nur einmal bat er um das Wort, um den Redner „Spahmacher“ zu nennen. Auch die Kommunisten meldeten sich zum Wort und beschwerten sich darüber, daß alle ihre Versammlungen verboten, ihre Verbände aufgelöst seien. Interessant war es, daß auch die Kommunisten zugeben mußten, daß die faschistische Regierung Erfolg gehabt hätte bei der Einschränkung der Staatsausgaben und Ordnung in die Verwaltung gebracht hätte. Aber auch von der ultrarechts Seite entwickelten sich Proteste. Seitdem er an der Macht ist, kann der Faschismus nur die „Kunst des Erreichbaren“ treiben. Es hat sich infolgedessen eine Art Dissidentengruppe gebildet, denen die augenblickliche mehr oder weniger zahme Form des Faschismus nicht behagt und die eine radikale Politik mit Gummiknäpeln für die weitaus zweckentfprechendere und zielsicherer hält. Mussolini hat in den letzten Wochen eine Reinigung in den Reihen der Faschisten gehalten und dabei zahlreiche Elemente ausgeschieden, die nun auf eigene Faust ein Bandenwesen ins Leben rufen. Allerdings steht Mussolini die neu ins Leben gerufene Nationalmiliz zur Verfügung.

Militärischer Staatsstreich in Bulgarien.

Das Kabinett gestürzt und verhaftet.

Sofia, 9. Juni. In der vergangenen Nacht um 3 Uhr ist das Kabinett Stambulinski vom Militär gestürzt worden. Alle Minister, viele Bauernführer und Abgeordnete sind verhaftet. Das neue Kabinett wurde von Professor Zankoff gebildet. Die Stadt befindet sich wie im Ausnahmezustand. Patrouillen durchziehen die Straßen. Die Bevölkerung ist überaus ängstlich von der Plötzlichkeit des Ereignisses, scheint jedoch mit ihm zufrieden zu sein. Die Dinge haben sich völlig ruhig abgespielt. Es ist auch nirgends zu Blutvergießen gekommen. Auch aus der Provinz liegen günstige Nachrichten vor.

Die drohende Erhöhung der Steuern.

Berlin, 8. Juni. Nach Erkundigungen des Lokalanzeigers wird außer der technisch leicht durchführbaren Verdreifachung der Zwangsanleihe zunächst eine wesentliche Erhöhung der Verbrauchssteuern durchgeführt werden. Hierüber ist bereits ein Entwurf ausgearbeitet worden, der dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung geben soll, von sich aus sämtliche Verbrauchssteuern entsprechend der Geldentwertung von Zeit zu Zeit neu festzusetzen. Es ist also hier ein System gleitender Steuer-sätze beabsichtigt, das selbstverständlich auch die Warenpreise ganz erheblich beeinflussen muß. Ueber die entsprechende neue Besteuerung des Vermögens liegt zur Zeit noch kein Plan vor, doch wird die Entwicklung dazu führen, daß man eine neue Wertfestsetzung durchführen wird, die den gesamten Besitz nach dem heutigen Stande der Papiermark steuerlich erfassen wird.

Die Brotversorgung.

Berlin, 8. Juni. Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags beschloß heute, daß zur Sicherstellung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 11 Millionen Tonnen Brotgetreide zu erwerben ist. Die öffentlichen Brotversorgung soll mit dem 15. September ds. Js. fortfallen, die Reichsregierung kann sie aber mit Zustimmung des Reichsrates ganz oder teilweise bis zum 15. Oktober fortsetzen. Die Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle sollen spätestens am 31. Dezember ds. Js. aufgelöst sein.

Millionenmarktscheine.

Berlin, 8. Juni. Die Reichsbank plant die Ausgabe eines Millionen-Marktscheines, der insbesondere für die Landwirtschaft bei ihren Milliardezahlungen im Getreide- und Viehhandel eine große Erleichterung bedeuten würde.

Baden.

Brotversorgung.

pa. Nachdem die großen Bestände an Auslandweizen in den Rheinländern infolge der Befehung nicht mehr verfügbar sind, kann die Reichsgetreidestelle den Kommunalverbänden in der Hauptsache nur noch Roggenmehl, Weizenmehl dagegen höchstens in einem Verhältnis von 10-15 Prozent des Bedarfs zuweisen. Zur Versorgung der Bevölkerung mit Markenbrot ist die Reichsgetreidestelle daher fast nur auf das aus der Umlage aufgebrauchte Inlandsgetreide, größtenteils also auf Roggen, angewiesen. Die Inlandsenernte des letzten Jahres ist aber von ungünstiger Beschaffenheit; das Getreide ist z. T. feucht und wenig haltbar, weshalb es beschleunigt verbraucht werden muß. Die Landesbehörden und die Kommunalverbände haben sich in letzter Zeit unausgesetzt bemüht, von der Reichsgetreidestelle erhöhte Zuweisungen an Weizenmehl zu erlangen, um die Brotbeschaffenheit zu verbessern. Wenn dies nicht in dem gewünschten Maße gelang, so tragen die oben geschilderten Schwierigkeiten die Schuld daran. Im übrigen ist den Kommunalverbänden empfohlen worden, mit ihren Weizenmehlbeständen besonders sparsam zu verfahren, damit immer noch kleinere Bestände davon für die Brotherstellung verfügbar sind.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 10. Juni. (Erhöhung der Erwerbslosen-sätze.) Der Reichsrat hat in seiner öffentlichen Sitzung dem Entwurf einer Verordnung über die Höchstsätze in der Erwerbslosen-

fürsorge zugestimmt. Die Sätze werden mit Rücksicht auf die Geldentwertung erhöht und sollen in der neuen Höhe sofort zur Auszahlung gebracht werden.

* Sinsheim, 10. Juni. (Neues Geld.) Auf der Reichsbank ist mit der Ausgabe einer ersten Lieferung der auf 180 Mill. Stück bemessenen 500-Markstücke begonnen worden. Im Vergleich zu den früheren Reichsmünzen kommt das Aluminium-500-Markstück etwa dem silbernen 2-Markstück gleich. — Die schon einmal angekündigten großen Noten zu 500 000 Mk. sind zwar zur Ausgabe schon vorbereitet; da aber zurzeit noch kein dringendes Bedürfnis nach ihnen vorliegt, so ist kaum anzunehmen, daß sie vor Ende Juni ausgegeben werden.

* Sinsheim, 10. Juni. (Frachtermäßigung für frisches Obst.) Mit Gültigkeit vom 4. Juni 1923 tritt bis auf weiteres gegen jederzeitigen Widerruf ein neuer Ausnahmetarif für frisches Stein- und Kernobst und frische Beeren im Bereich der deutschen Staatsbahn in Kraft. Die Frachtberechnung erfolgt nach den Bestimmungen und Frachtsätzen der Klasse C einschließlich der Nebenbahnen.

* Bockstoft, 8. Juni. (Beererdigung.) Vor einigen Tagen wurde die irdische Hülle unseres allverehrten Ortsvorstehers Herrn Bürgermeister Rndy zu Grabe getragen. Der Verstorbene erfreute sich hier, wie auch auswärts großer Beliebtheit und Wertschätzung, wovon die große Teilnahme an seinem Leichenbegängnis, bereitetes Zeugnis ablegte. Im Namen der Gemeinde legte Gutspächter und Gemeinderat Schminz einen Kranz am Grabe nieder; ebenso Herr Bürgermeister Wacker-Waibstadt einen solchen Namens der Bürgermeister des Bezirks. Die Gemeinde Bockstoft wird ihrem heimgegangenen Ortsvorstande, der das Amt 18 Jahre hindurch treu verwaltete, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

* Siegelbach, 8. Juni. (Radfahrerverein.) Hier wurde vor einigen Wochen ein Radfahrerverein gegründet, der den Namen „Radfahrerverein Adler“ führt und dem bereits eine stattliche Zahl Radfahrer als Mitglieder beigetreten sind.

b Hebelberg, 11. Juni. (Diebstahl.) Am Mittwoch konnte auf dem hiesigen Güterbahnhof ein großer Diebstahl verhindert werden. Ein mit Brikketts beladener Wagen war erbrochen und 11 größere Säcke mit Brikketts gestüllt und am Tatort zurückgelassen worden. Die Täter wurden durch hinzukommende Personen verhindert, den Wagners transport vorzunehmen. Sie gingen flüchtig, ohne erkannt worden zu sein. — Aus noch unbekanntem Beweggrund hat vorgestern abend ein lediger Tagelöhner aus Mannheim Salspetersäure getrunken. Er wurde in bewußtlosem Zustand aufgefunden.

— Schwetzingen, 9. Juni. (Tödlicher Unglücksfall.) Gestern nachmittag wurde der 19jährige Schlosser Philipp Apfel aus Plankstadt, der in der Betriebswerkstätte auf der Laufbahn eines elektrischen Kranens beschäftigt war, so unglücklich von dem ankommenden Kranen gedrückt, daß der Tod alsbald eintrat.

t Feudenheim, 9. Juni. (Selbstmordversuch aus Eifersucht.) Gestern früh gegen 5 Uhr hat sich in ihrer Wohnung eine 26 Jahre alte Kaufmannsweib durch einen Pistolenschuß in die Herzgegend das Leben nehmen wollen. Sie mußte schwerverletzt in das Allgemeine Krankenhaus übergeführt werden. Die Tat wurde vermutlich aus Eifersucht begangen.

b Mannheim, 10. Juni. (Raubüberfall auf offener Straße.) Einer auf dem Heimweg begriffenen Dame wurde ihre Handtasche unter dem Arm mit folgendem Inhalt herausgerissen: Ein aus Lacksleder bestehendes Geldtäschchen mit 130 000 Mark, bestehend aus kleinen 5000-Markscheinen, eine echte Bernstein-Halskette mit 29-31 ovalen Perlen, welche auf einer Silberkette gefaßt sind. Ein goldener Herrenting mit dunkelrotem viereckigem Stein, ein Paar graueidene Damenhandschuhe, zehn 200 M.-Stücke, ein neues 5 M.-Stück, eine silberne Fuderdose, innen vergoldet und 21 Gramm schwer. Ferner Ausweispapiere auf den Namen Frieda Lang lautend.

t Mannheim, 11. Juni. (Freispruch.) Ein bedauerlicher Unglücksfall führte die 30jährige Krankenschwester Paula Dinkel vor das hiesige Schöffengericht. Sie war beschuldigt, durch Außerachtlassung der ihr durch ihren Beruf obliegenden Aufmerksamkeit den Tod des Dienstmädchens Rosa Wilhelm herbeigeführt zu haben. Als Badeschwester sollte sie am 3. April d. J. der Wilhelm eine Sitzbühse verabfolgen. Da das Wasser noch nicht die genügende Wärme aufwies, öffnete sie noch den Heizwasserhahn und begab sich dann in ihr Dienstzimmer, um eine andere dienstliche Angelegenheit zu erledigen. Als sie zurückkam, war die Temperatur des Wassers so gestiegen, daß die Patientin schwere Verbrennungen erlitt, an deren Folgen sie starb. Die wegen fahrlässiger Tötung angeklagte Krankenschwester wurde freigesprochen, wobei in den Urteilsgründen angeführt wurde, daß sie ohne Zweifel fahrlässig gehandelt habe, die Wirkung aber bei normalem Verlauf nicht eingetreten wäre (die Kranke konnte aufstehen.) Der Staatsanwalt, der vier Monate Gefängnis beantragt hat, legt gegen das Urteil Berufung ein.

t Karlsruhe, 11. Juni. (Verkäufte Wucherbekämpfung.) Im Ministerium des Innern fand dieser Tage eine Besprechung über eine weitere Verschärfung der Maßnahmen auf dem Gebiet der Wucherbekämpfung statt, der neben Vertretern der staatlichen Polizei auch Vertreter des Justizministeriums, der Generalstaatsanwaltschaft, sowie einige Städtevertreter anwohnten. Neben der gesteigerten Tätigkeit der Polizei in der Stadt wie auf dem Lande wurde namentlich in Ausdrit genommen, die Marktgerichte so auszubauen, daß sie nach Bedarf überall im Lande raschestens in Tätigkeit treten können. Betont wurde, daß die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Wucherbekämpfung durch Erstattung von Anzeigen für die Wirkung der wucherpolizeilichen Maßnahmen von größter Bedeutung ist. Ein besonderes Augenmerk wird in Bälde der Verhinderung von wucherischen Ausbreitungen auf dem Gebiet der Brotversorgung zugewandt werden; es sollen hier die Gewichte und Preise für Freibrot schärfer kontrolliert werden.

t Lörrach, 11. Juni. (Keine Kirchsenausfuhr.) Dem Kommunalverband Lörrach ist die nachgesuchte Erlaubnis zur Ausfuhr von Frühkirsch nach der Schweiz zur Deckung seiner Valutaschulden nicht genehmigt worden.

Schnau i. W., 8. Juni. (Die Befehung Schlageters.) Am Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 2 Uhr, wird auf dem hiesigen Friedhof die Befehung des von den Franzosen erschossenen Schlageter stattfinden. Die Befehung wird sich unzweifelhaft zu einer großen Trauerkundgebung gestalten, da daran die Behörden, sämtliche Vereine und Schulen teilnehmen. Nach der am Samstag mittag erfolgten Ankunft der Leiche werden die sterblichen Ueberreste Schlageters im Rathaus aufgebahrt werden. In Düsseldorf hat vor der Ueberführung eine Trauerfeier in Anwesenheit der Vertreter der deutschen Regierung stattgefunden. Der Sarg war mit Kränzen reich geschmückt. Eine größere Trauerfeier konnte

aus naheliegenden Gründen nicht stattfinden, doch ist die Grabstätte Schlageters auf dem Düsseldorf Friedhof von einer großen Menge besucht worden.

b Untertürkheim, 10. Juni. (Der Daimler-Erfolg in Amerika.) Die Daimler-Motoren-Gesellschaft erhielt aus Indianapolis folgende Drahtnachricht: Sailer achter, Werner erster, Lautenschlager rutschte vierzehnte Runde gegen Mauer und mußte aufgeben.

b Poprad (Slowakei), 11. Juni. (Selbstmord auf dem Scheiterhaufen.) Der Salzarbeiter Ferdinand Hladky beschloß, wegen unheilbarer Krankheit seinem Leber ein Ende zu machen.

Der erste Wolkenkratzer ist in Dresden feben fertig gestellt worden. Das zwölfgeschossige Turmhaus ist ein Neubau der Ernemannwerke in der Spandauer Straße.

Tragisches Ende. Die 54jährige Gattin des Generalleutnants und früheren Flügeladjutanten des Kaisers, von Chelius, eine Tochter des Staatsministers von Puttkamer, hat sich aus Schwermut und Nahrungsorgen im Königssee in Bayern ertränkt.

Sie wollen nur sehen, wie es bei einem Autounglück zugeht! Nur wie durch ein Wunder ist im Pfälzischen ein schwerer Autounfall verhütet worden, der aus einem unverantwortlichen Bubenstreich hätte erwachsen können.

8000 Zentner Rührgetreide versenkt. Die Rigaer Blätter bringen die Meldung, daß der aus Riga mit sowjetrussischem Getreide ausgelaufene Dampfer „Rostock“ auf eine Sandbank gelaufen sei.

Der vorsichtige Mehrgemeister. Man erzählt dem „Mainzer Anzeiger“: Ein Mehrgemeister hat seinen Ladentisch durch hohe Eisenstäbe gegen das Publikum hin abgeschlossen.

Tragödie des Alltags. In Mermelsheim im Taunus erwartete ein junges Mädchen am Fenster den Geliebten, mit dem sie in wenigen Wochen Hochzeit haben sollte.

Bauerngericht. Der Bauer vom Lehenhof, Gemeinde Schäßfall bei Donauwörth war von einer Spiritistin so verdröhrt worden, daß er sich von seiner Frau scheiden lassen, den Hof verkaufen und die Spiritistin heiraten wollte.

Haifische an der englischen Küste. In der letzten Zeit wurde an der englischen Küste die Anwesenheit zahlreicher Haifische bemerkt, die unter der Fischerbevölkerung großen Schrecken verbreiteten und bereits große Verluste verursacht haben.

Wimpfen. Rugholzverkauf. Mittwoch, den 13. und Donnerstag, den 14. Juni 1923. je vormittags 9 Uhr anfangend, kommen im Forstwald, in verschiedenen Distrikten zur Versteigerung:

Stamm-, Rugholz- und Reifigversteigerung. Die Pfälzer Kathol. Kirchengemeinschaft Heidelberg versteigert gegen Barzahlung innerhalb 4 Wochen:

Bruchleidende und Bettlässer. Muttervorfal- u. Krampfadernleidende. Hängeleib, Unterleibsschwache, Operierte und Darmkranke. Nerven, Herz, Lungen, Magen, Nieren, Hämorrhoiden, Gallenstein, Rheumatis, Gicht, Frauenl., Busenschw., Kropf, Plattf., Schwerhörige erhalten durch unseren Vertreter kostenlose Auskunft.

Dreschmaschinen stationär und fahrbar für 1 1/2, 2 und 3 PS. Motore, mit doppelter Reinigung, 4fache Sortierung, mit Elevatoren für Sackabfüllung, mit und ohne Entgrauer, erstklassige, bewährte Fabrikate.

Sämaschinen Schrotmühlen Grasmäher Futterschneidmaschinen Milchseparatoren Obst- u. Weinpresse Hydr- und Spindelpresse Obst- und Traubenmühlen empfiehlt Maschinenbauanstalt J. Dieffenbacher Söhne Eppingen (Baden).

Gebe umsonst gegen Sommersprossen einfaches Mittel bekannt. Fräulein Irene Müller, Stuttgart A 10, Sängertstr. 5.

Hühneraugen. Hornhaut, Schwielen und Warzen. Kukirol. Drogerie A. Engel.

HAPAG. HAMBURG-AMERIKA LINIE. UNITED AMERICAN LINES INC. Nord-, Zentral- und Südamerika. Afrika, Ostasien usw.

Bin Käufer für: Blaufleehheu Rotfleehheu Wiesenheu zu den höchsten Tagespreisen. Josef Michel, Sinsheim. Hauptstraße 203. Telefon 68.

Meine Sprechstunden habe ich verlegt auf Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 2 1/2-5 1/2 Uhr. Dr. med. Hanns Fischer. Facharzt für Haut- und Harnleiden Heidelberg, Bergheimerstr. 3 II.

Habe meine Filial-Praxis nach Meckesheim verlegt. Sprechstunde daselbst: täglich von 8-12. Sprechstunde in Sinsheim: täglich von 2-7. Sonntags geschlossen. J. Unterwagner staatl. gepr. Dentist.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn. Gegründet 1886. Filiale Sinsheim a. E. Bahnhofstraße.

An- u. Verkauf sämtlicher notierter und unnotierter Wertpapiere.